

**Verordnung
über die Beurkundungsgebühren ***
(Beurkundungsgebührenverordnung, BeurkGebV)

vom 19. April 1994 (Stand 1. Januar 2016)

Der Landrat,

gestützt auf Art. 60 der Kantonsverfassung, in Ausführung von Art. 5 des Gesetzes vom 27. April 1969 über die öffentliche Beurkundung (Beurkundungsgesetz)¹⁾,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Grundsatz

¹ Die Urkundspersonen beziehen für die öffentlichen Beurkundungen und die Beglaubigungen die in dieser Verordnung festgesetzten Gebühren.

§ 2 Gebührenpflicht

¹ Die Gebühr hat zu entrichten, wer die Amtshandlung zur Sicherung eigener Vorteile veranlasst oder durch sein Verhalten notwendig gemacht hat.

² Sind für die Amtshandlung mehrere Gebührenpflichtige vorhanden, haften sie solidarisch.

§ 3 * Gebühr
1. Gegenstand

¹ Die Gebühr ist das Entgelt für die Vorbereitungsarbeiten (Feststellung der Identität, Ermittlung des Parteiwillens, Entwurf und Ausfertigung der Urkunde, Prüfung eines der Urkundsperson vorgelegten Entwurfes), für den eigentlichen Beurkundungsakt, die Anmeldung eintragungsbedürftiger sowie die Mitteilung genehmigungsbedürftiger Rechtsgeschäfte.

¹⁾ NG 268.1

§ 3a * 2. Ausnahmen

¹ In der Gebühr nicht inbegriffen ist:

1. das Entgelt für weitere Vorbereitungsarbeiten, wie Parzellierungen (einschliesslich Bereinigung der Dienstbarkeiten), Pfandentlassung, Baulandumlegung durch privatrechtliche Vereinbarung, Arbeiten zur Bestimmung der Wertquoten der Stockwerkeigentumsanteile, Verfassung von Nutzungs- und Verwaltungsordnungen für Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaften, sowie gesellschaftsrechtliche Arbeiten, die nicht beurkundungsbedürftig sind, insbesondere Ausarbeitung der Gesellschaftsstatuten, Gründungs-, Fusions- und Kapitalerhöhungsbericht usw.;
2. das Entgelt für Folgearbeiten, wie Ermitteln der vorkaufsberechtigten Personen und Mitteilung des Vorkaufsfalles, Einreichen einer Verfügung von Todes wegen zur amtlichen Aufbewahrung, Abklärungen im Hinblick auf Wertgrenzen und die Zustimmungsbefähigung eines Rechtsgeschäftes, Einholen von Zustimmungserklärungen, Gesuche um Genehmigung eines Rechtsgeschäftes oder um Feststellung einer Behörde im Hinblick auf die Genehmigungsbedürftigkeit eines Rechtsgeschäftes, Treuhandfunktionen beim Vollzug beurkundeter Geschäfte, steuerliche Abklärungen im Zusammenhang mit den Rechtsgeschäften;
3. die Mehrwertsteuer.

§ 4 * Bemessung 1. Allgemein

¹ Die Gebühr ist nach festen Ansätzen, nach dem Wert oder nach einem Gebührenrahmen zu bemessen.

² Ist der Wert massgebend, richtet sich die Gebühr nach den in nachstehenden Tarifen festgesetzten Bruchteilen.

³ Ist ein Gebührenrahmen vorgesehen, sind für die Berechnung der Gebühr die Bedeutung und die Schwierigkeit der Sache, der Arbeitsaufwand und die Zeitdauer der Inanspruchnahme massgebend.

§ 4a * 2. Erhöhung

¹ Die Gebühr darf angemessen erhöht werden:

1. wenn mit einer Beurkundung wiederholte Verhandlungen oder ein aussergewöhnlicher Zeitaufwand verbunden sind;
2. wenn die Urkundsperson ausserhalb der üblichen Geschäftszeit oder ausserhalb des Büros beansprucht wird;
3. bei ausserordentlicher Dringlichkeit der öffentlichen Beurkundung;

4. bei Übersetzungen durch die Urkundsperson.

§ 4b * 3. Herabsetzung

¹ Die Gebühr ist angemessen herabzusetzen:

1. wenn die öffentliche Beurkundung nicht zum Abschluss gelangt;
2. wenn die Urkundsperson im gleichen Sachzusammenhang zahlreiche Rechtsgeschäfte mit weitgehend gleichlautendem Inhalt zu beurkunden hat.

² Die Beurkundung aufgrund einer der Urkundsperson in Reinschrift vorgelegten Urkunde hat eine Ermässigung der Gebühr um einen Drittel zur Folge, sofern die Urkunde auch nach der Überprüfung keine Änderung erfährt.

§ 5 Vorvertrag

¹ Die Gebühr für die Beurkundung eines Vorvertrages richtet sich nach jener für den Hauptvertrag.

² Wird dieser von der gleichen Urkundsperson beurkundet, beträgt die Gebühr für den Hauptvertrag die Hälfte.

§ 6 * Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrages

¹ Die Gebühr für die Beurkundung der Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrages beträgt einen Drittel der Gebühr des ursprünglichen Vertrages.

§ 7 Mehrere Rechtsgeschäfte

¹ Bei der Beurkundung mehrerer Rechtsgeschäfte in der gleichen Urkunde wird die Gebühr vom Rechtsgeschäft mit dem höchsten Ansatz berechnet; zusätzlich ist für jedes weitere Rechtsgeschäft eine Gebühr bis zu zwei Dritteln des Tarifs, der für die alleinige Beurkundung der weiteren Rechtsgeschäfte geschuldet wäre, in Rechnung zu stellen.

² Vorbehalten bleiben § 15 Abs. 2 und § 28 Abs. 2. *

§ 8 * Auslagen

¹ Ausser der Gebühr hat die Urkundsperson Anspruch auf den Ersatz der notwendigen Auslagen gemäss den Bestimmungen der Gebühren-gesetzgebung²⁾, insbesondere für Porti, Telefntaxen, Fotokopien, Reisespesen.

²⁾ NG 265.5

§ 9 Festsetzung **1. Grundsatz**

¹ Für die Gebühren und die Auslagen hat die Urkundsperson schriftlich und detailliert Rechnung zu stellen.

² Die Rechnung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. *

§ 10 * 2. Rechtsschutz

¹ Gegen die Festsetzung der Gebühren kann binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung Beschwerde bei der Beurkundungskommission erhoben werden.

² Gegen Entscheide der Beurkundungskommission kann binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

§ 11 Gebührenerlass

¹ Die Gebühren für Amtshandlungen von Urkundspersonen, die in einem kantonalen Dienstverhältnis stehen, können vom Regierungsrat auf begründetes Gesuch hin im Einzelfall ganz oder teilweise erlassen werden:

1. wenn der Gebührenpflichtige sich in einer Notlage befindet oder wenn die Zahlung der Gebühren für ihn eine besondere Härte bedeuten würde;
- 2 wenn die Amtshandlung im Interesse eines gemeinnützigen oder kulturellen Unternehmens erfolgt.

² In bezug auf die Gebühren für Amtshandlungen der Gemeindeschreiber steht die gleiche Befugnis dem Gemeinderat zu.

§ 12 Bezug

¹ Sämtliche Gebühren und allfällige Entschädigungen gemäss § 3 Abs. 2 für Amtshandlungen von Urkundspersonen, für deren Tätigkeit gemäss dem Haftungsgesetz³⁾ das Gemeinwesen haftet, fallen in die Staatskasse beziehungsweise in die Gemeindekasse.

³⁾ NG 161.2

² Diese Regelung gilt auch in bezug auf die Gebühren und Entschädigungen für Amtshandlungen, die von der Urkundsperson ausserhalb ihrer ordentlichen Arbeitszeit vorgenommen werden; die Gemeinden sind jedoch berechtigt, mit den Gemeindeschreibern im Anstellungsvertrag eine andere Regelung zu treffen. Der Einzug der Gebühren und Entschädigungen gemäss § 3 Abs. 2 obliegt in diesen Fällen der Staatskasse beziehungsweise der Gemeindekasse, welche der Urkundsperson über bezahlte Rechnungen unverzüglich Meldung zu erstatten hat.

§ 13 Vollstreckbarkeit

¹ Die rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide der zuständigen Instanzen über die in dieser Verordnung begründeten Gebühren- und Entschädigungsforderungen sind vollstreckbaren Urteilen im Sinne von Art. 80 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs⁴⁾ gleichgestellt.

2 Gebührentarif

2.1 Beurkundungen

2.1.1 Nach Zivilgesetzbuch⁵⁾

§ 14 * Stiftung

¹ Bei der Errichtung einer Stiftung unter Lebenden (Art. 81 ZGB⁶⁾) beträgt die Gebühr Fr. 250.– bis Fr. 3'000.–.

§ 15 * Ehevertrag- und Vermögensvertrag

¹ Bei Abschluss, Abänderung oder Aufhebung eines Ehevertrages (Art. 184 ZGB⁷⁾) oder eines Vermögensvertrages (Art. 25 PartG⁸⁾) beträgt die Gebühr Fr. 350.– bis Fr. 3'000.–.

⁴⁾ SR 281.2

⁵⁾ SR 210

⁶⁾ SR 210

⁷⁾ SR 210

⁸⁾ SR 211.231

² Ist mit dem Abschluss oder der Abänderung des Ehevertrages oder eines Vermögensvertrages ein Inventar (Art. 195a ZGB⁹⁾) verbunden, bezieht die Urkundsperson überdies die Gebühr gemäss § 16.

§ 16 * Inventar

¹ Bei der Aufnahme eines Inventars (Art. 195a ZGB¹⁰⁾) beträgt die Gebühr:

1. 2.5‰ bis zu einem Inventarwert von Fr. 200'000.–
2. plus 1.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.–;
5. die Mindestgebühr beträgt Fr. 300.–.

§ 17 Gemeinderschaftsvertrag

¹ Beim Gemeinderschaftsvertrag (Art. 336 ZGB¹¹⁾) beträgt die Gebühr: *

1. für die Begründung gemäss § 20;
2. für die Abänderung oder Aufhebung Fr. 250.– bis Fr. 1'000.–.

§ 17a * Vorsorgeauftrag

¹ Bei der Errichtung, Abänderung oder Aufhebung eines Vorsorgeauftrags (Art. 361 ZGB¹²⁾) beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 1'000.–.

§ 18 Letztwillige Verfügung, Erbvertrag

¹ Bei der öffentlichen letztwilligen Verfügung (Art. 499 ZGB¹³⁾) beträgt die Gebühr: *

1. für die Errichtung
 - a) 3‰ bis zu einem Verfügungswert von Fr. 200'000.–
 - b) plus 2.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
 - c) plus 1.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
 - d) plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
 - e) plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–;
 - f) die Mindestgebühr beträgt Fr. 400.–;

⁹⁾ SR 210

¹⁰⁾ SR 210

¹¹⁾ SR 210

¹²⁾ SR 210

¹³⁾ SR 210

- g) wenn der Verfügungswert nicht bekannt ist, Fr. 400.– bis Fr. 4'000.–;
2. für die Abänderung oder die Aufhebung Fr. 250.– bis Fr. 2'000.–.
- ² Die Berechnung des Verfügungswertes richtet sich sinngemäss nach § 20.
- ³ Dieselben Ansätze gelten auch beim Erbvertrag (Art. 512 ZGB¹⁴).

§ 19 * Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum

¹ Bei der Vereinbarung über den Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum (Art. 650 Abs. 2 ZGB¹⁵) beträgt die Gebühr Fr. 250.– bis Fr. 600.–.

§ 20 Übertragungen von Grundeigentum

¹ Bei der Errichtung eines Vertrages auf Übertragung von Grundeigentum nach Art. 657 Abs. 1 ZGB¹⁶ (Kauf, Tausch, Schenkung) beträgt die Gebühr:

1. 2.5‰ der Vertragssumme bis Fr. 200'000.–
2. plus 2‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 1.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
5. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–;
6. die Mindestgebühr beträgt Fr. 300.–.

² Die Gebühr ist nach dem mutmasslichen Verkehrswert zu berechnen, sofern im Vertrag keine oder eine niedrigere Vertragssumme angegeben ist.

³ Bei der Übertragung von kleinen Grundstücken im Sinne von § 41 Abs. 3 der Beurkundungsverordnung beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 600.–.

§ 21 Eigentumsbeschränkung

¹ Bei der Aufhebung oder Abänderung einer gesetzlichen Eigentumsbeschränkung durch Rechtsgeschäft (Art. 680 Abs. 2 ZGB¹⁷) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 800.–.

¹⁴) SR 210

¹⁵) SR 210

¹⁶) SR 210

¹⁷) SR 210

§ 22 Gesetzliche Vorkaufsrechte

¹ Bei der Vereinbarung über den Ausschluss oder die Abänderung eines gesetzlichen Vorkaufsrechtes (Art. 681b ZGB¹⁸⁾) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 800.–.

§ 23 Stockwerkeigentum, selbständiges Miteigentum

¹ Bei der Begründung von Stockwerkeigentum (Art. 712b ZGB¹⁹⁾) und selbständigem Miteigentum (Art. 646 ZGB²⁰⁾) beträgt die Gebühr:

1. 2.5‰ des Bodenwertes und des Gebäudewertes beziehungsweise der voraussichtlichen Baukosten bis Fr. 200'000.–
2. plus 2‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 1.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
5. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–;
6. die Mindestgebühr beträgt Fr. 300.–.

§ 24 Nutzniessung

¹ Bei der Bestellung einer Nutzniessung (Art. 746 ZGB²¹⁾) beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 1'000.–. *

² Bei der Inventaraufnahme (Art. 763 ZGB²²⁾) ist die Gebühr vom Inventarwert gemäss § 16 zu berechnen.

§ 25 * Wohnrecht

¹ Bei der Bestellung eines Wohnrechtes (Art. 776 ZGB²³⁾) beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 1'000.–.

§ 26 Baurecht

¹ Bei der Begründung eines Baurechtes nach Art. 779a ZGB²⁴⁾ ist die Gebühr gemäss § 20 zu berechnen. Als Vertragssumme gilt die Leistung des Bauberechtigten.

¹⁸⁾ SR 210

¹⁹⁾ SR 210

²⁰⁾ SR 210

²¹⁾ SR 210

²²⁾ SR 210

²³⁾ SR 210

²⁴⁾ SR 210

Ist der Bauberechtigte zu periodischen Leistungen verpflichtet, gilt als Vertragssumme der mutmassliche Verkehrswert des Bodens und, soweit sie Gegenstand der Leistung des Baurechtgebers sind, der Gebäude. *

² ... *

§ 26a * Andere Dienstbarkeiten

¹ Bei der Bestellung einer anderen Dienstbarkeit beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 1'000.–.

§ 27 Grundlast

¹ Bei der Errichtung einer Grundlast (Art. 783 ZGB²⁵⁾) ist die Gebühr wie beim Grundpfand (§ 28) zu berechnen, wobei auf den Gesamtwert abgestellt wird.

§ 28 Grundpfand

¹ Bei der Errichtung eines Grundpfandes (Art. 799 ZGB²⁶⁾) beträgt die Gebühr:

1. 1.5‰ von der Pfandsumme bis Fr. 200'000.–
2. plus 1.25‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
5. plus 0.2‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–;
6. die Mindestgebühr beträgt Fr. 200.–.

² Werden in der gleichen öffentlichen Urkunde mehrere Pfandrechte errichtet, ist die Gebühr vom Gesamtbetrag der Pfandsummen zu berechnen.

³ Bei der Erhöhung der Pfandsumme ist die Gebühr vom Betrag der Erhöhung nach den Ansätzen gemäss Abs. 1 und 2 zu berechnen. *

⁴ Bei der Umwandlung der Pfandart sowie bei der Aufteilung und Verlegung von Pfandrechten beträgt die Gebühr die Hälfte der Ansätze nach Abs. 1. *

⁵ Bei anderen Änderungen beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 600.–.

²⁵⁾ SR 210

²⁶⁾ SR 210

2.1.2 Nach Obligationenrecht²⁷⁾

§ 29 **Ersatz der Unterschrift**

¹ Bei der Beurkundung eines Unterschriftersatzes (Art. 15 OR²⁸⁾) beträgt die Gebühr Fr. 30.– bis Fr. 100.–.

§ 30 **Erklärung nach Art. 90 OR**

¹ Bei der Beurkundung einer Erklärung nach Art. 90 OR²⁹⁾ beträgt die Gebühr Fr. 30.– bis Fr. 200.–.

§ 31 **Vorkaufs-, Kaufs- und Rückkaufsrecht**

¹ Bei der Begründung eines Vorkaufs-, Kaufs- und Rückkaufsrechts (Art. 216 Abs. 2 OR³⁰⁾) ist die Gebühr gemäss § 20 (Übertragung von Grundeigentum) zu berechnen.

§ 32 **Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken**

¹ Bei der Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken (Art. 243 Abs. 2 OR³¹⁾) beträgt die Gebühr, soweit nicht die Paragraphen 20, 27 und 28 anwendbar sind, Fr. 200.– bis Fr. 800.–.

§ 33 **Schenkung auf den Todesfall**

¹ Bei der Schenkung auf den Todesfall (Art. 245 Abs. 2 OR³²⁾) ist die Gebühr gemäss § 18 zu berechnen.

§ 34 **Bürgschaft**

¹ Bei der Errichtung einer Bürgschaft (Art. 493 Abs. 1 OR³³⁾), bei der Erhöhung der Haftungssumme, bei der Umwandlung einer einfachen in eine Solidarbürgschaft (Art. 493 Abs. 5 OR) sowie bei Beurkundungen nach Art. 493 Abs. 6 OR beträgt die Gebühr 1.5‰ des Haftungsbetrages, mindestens aber Fr. 250.– und höchstens Fr. 1'000.–. *

²⁷⁾ SR 220

²⁸⁾ SR 220

²⁹⁾ SR 220

³⁰⁾ SR 220

³¹⁾ SR 220

³²⁾ SR 220

³³⁾ SR 220

² Sind von der Urkundsperson für dieselbe Schuld getrennt abgegebene Bürgschaftserklärungen in derselben Urkunde einzeln zu beurkunden, wird von der zweiten Beurkundung an für jede weitere zur Gebühr nach Abs. 1 ein Zuschlag von 25 Prozent, mindestens aber Fr. 100.– erhoben; der Gesamtbetrag der Zuschläge darf 100 Prozent der Grundgebühr nicht übersteigen.

§ 35 Verpfändung

¹ Bei der Errichtung eines Verpfändungsvertrages (Art. 522 OR³⁴⁾) ist die Gebühr vom Vermögenswert nach den Ansätzen gemäss § 20 zu berechnen.

§ 36 * Aktiengesellschaft und Kommanditaktiengesellschaft1. Gründung

¹ Bei der Gründung einer Aktiengesellschaft (Art. 629 OR³⁵⁾) oder einer Kommanditaktiengesellschaft (Art. 764 Abs. 2 OR) beträgt die Gebühr:

1. Fr. 1'000.– bis zu einem Aktienkapital von Fr. 200'000.–
2. plus 3‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 2‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 1.0‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
5. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–.

§ 37 2. Aktienkapitalerhöhung

¹ Bei der Erhöhung des Aktienkapitals (Art. 650–656 OR³⁶⁾) richtet sich die Gebühr für den Beschluss der Generalversammlung nach § 40 und für den Beschluss des Verwaltungsrates nach § 36.

§ 38 3. Aktienkapitalherabsetzung

¹ Bei der Herabsetzung des Aktienkapitals beträgt die Gebühr für die Beurkundung betreffend Beschlussfassung und Statutenänderung (Art. 732 OR³⁷⁾) Fr. 400.– bis Fr. 3'000.–.

§ 39 * ...

³⁴⁾ SR 220

³⁵⁾ SR 220

³⁶⁾ SR 220

³⁷⁾ SR 220

§ 40 * 5. andere Beschlüsse

¹ Bei Beschlüssen einer Aktiengesellschaft oder Kommanditaktiengesellschaft, auf welche die Paragraphen 36–38 nicht anwendbar sind, beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2'000.–.

§ 41 * Gesellschaft mit beschränkter Haftung

¹ Bei der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Art. 777 OR³⁸⁾) ist die Gebühr nach den Ansätzen von § 36, bei der Erhöhung des Stammkapitals (Art. 781 OR) gemäss § 37 und bei der Herabsetzung des Stammkapitals (Art. 782 OR) gemäss § 38 zu berechnen.

² Bei anderen Beschlüssen, für die Abs. 1 nicht anwendbar ist, beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2'000.–.

§ 42 * Gesellschaftsrechtliche Feststellung

¹ Die Gebühr für die Beurkundung von gesellschaftsrechtlichen Feststellungen (Art. 734, Art. 764 Abs. 2, Art. 782 Abs. 4 und Art. 795c Abs. 2 OR³⁹⁾) beträgt Fr. 300.– bis Fr. 2'000.–.

§ 43 * Wechsel und Check

¹ Beim Wechselprotest (Art. 1034 OR⁴⁰⁾) oder Checkprotest (Art. 1128 OR) beträgt die Gebühr je Protest 1.5‰ der Wechsel- oder Checksumme, mindestens aber Fr. 250.–.

§ 44 Anleihensgläubigerbeschlüsse

¹ Bei Versammlungsbeschlüssen der Gläubiger von Anlehensobligationen (Art. 6 Verordnung über die Gläubigergemeinschaft⁴¹⁾) beträgt die Gebühr Fr. 800.– bis Fr. 3'000.–.

³⁸⁾ SR 220

³⁹⁾ SR 220

⁴⁰⁾ SR 220

⁴¹⁾ SR 221.522.1

2.3 Nach Fusionsgesetz,⁴²⁾ *

§ 44a * Fusion, Spaltung, Umwandlung, Vermögensübertragung

¹ Die Gebühr für die Beurkundung des Fusions- oder Spaltungsbeschlusses der übertragenden Gesellschaft richtet sich nach § 47.

² Die Gebühr für den Kapitalherabsetzungsbeschluss der übertragenden Gesellschaft richtet sich nach § 38.

³ Die Gebühr für die Beurkundung des Fusions- oder Spaltungsbeschlusses der übernehmenden Gesellschaft bemisst sich nach dem Wert der den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern der übertragenden Gesellschaft gewährten Anteils- und Mitgliedschaftsrechte sowie der Ausgleichszahlungen und Abfindungen und richtet sich nach dem Tarif gemäss § 36.

⁴ Bei der Umwandlung bemisst sich die Gebühr nach dem Kapital der neuen Gesellschaft und richtet sich nach dem Tarif gemäss § 36.

⁵ Werden im Übertragungsvertrag Grundstücke übertragen, richtet sich die Gebühr für die Grundstücksübertragung nach § 20.

⁶ Die Gebühr für die Beurkundung eines Fusionsvertrags bei Familienstiftungen und kirchlichen Stiftungen bemisst sich nach dem Aktivenüberschuss der übertragenen Vermögenswerte und richtet sich nach dem Tarif gemäss § 36.

⁷ Bei Beschlüssen nach dem Fusionsgesetz⁴³⁾, auf welche die obigen Absätze nicht anwendbar sind, berechnet sich die Gebühr nach dem Tarif gemäss § 40.

§ 44b * Festlegung der Übertragung eines Grundstücks

¹ Die Gebühr für die Feststellung der Übertragung eines Grundstücks nach Art. 104 Abs. 3 des Fusionsgesetzes⁴⁴⁾ berechnet sich nach dem Tarif gemäss § 40. In besonders aufwändigen Fällen beträgt die Höchstgebühr Fr. 4'000.—.

⁴²⁾ SR 221.301

⁴³⁾ SR 221.301

⁴⁴⁾ SR 221.301

2.4 Sonstige Beurkundungen *

§ 45 Ziehungen

¹ Die Gebühr für eine öffentliche Urkunde über die Ziehung von Prämienobligationen und Lotterien, über andere Auslosungen und über Wettbewerb beträgt Fr. 300.– bis Fr. 2'000.–.

§ 46 Eidesabnahme, Erklärung an Eidesstatt

¹ Die Gebühr für die Beurkundung der Eidesabnahme oder der Erklärung an Eidesstatt beträgt Fr. 200.– bis Fr. 800.–.

§ 47 Andere Beurkundungen

¹ Bei der Beurkundung von beurkundungsbedürftigen Geschäften, für die keine andere Gebühr vorgesehen ist, beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 2'000.–.

§ 48 Nicht beurkundungsbedürftige Geschäfte

¹ Bei einer von den Parteien verlangten Beurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte beträgt die Gebühr:

1. 3‰ der Vertragssumme oder beim Fehlen einer solchen des mutmasslichen Interessenwertes bis Fr. 200'000.–
2. plus 2.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200'000.– bis Fr. 500'000.–
3. plus 1.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500'000.– bis Fr. 1'000'000.–
4. plus 1‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1'000'000.– bis Fr. 5'000'000.–
5. plus 0.5‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5'000'000.–;
6. die Mindestgebühr beträgt Fr. 400.–.

² Ist die Vertragssumme oder der Interessenwert nicht bekannt, beträgt die Gebühr Fr. 400.– bis Fr. 5'000.–.

2.2 Beglaubigungen

§ 49 * Unterschrift, Handzeichen

¹ Bei der Beglaubigung einer Unterschrift beträgt die Gebühr Fr. 25.–.

² Bei gleichzeitiger Beglaubigung mehrerer Unterschriften auf demselben Schriftstück beträgt die Gebühr Fr. 25.– für die erste und Fr. 10.– für jede weitere Unterschrift.

³ Dasselbe gilt bei der Beglaubigung von Handzeichen.

§ 50 * Von Dritten hergestellte Kopien und Auszüge

¹ Bei der Beglaubigung von Kopien (Abschriften, Fotokopien, Durchschlagskopien usw.) oder Auszügen (Buch-, Protokollauszügen usw.), welche der Urkundsperson vorgelegt werden, beträgt die Gebühr Fr. 20.– für die erste und Fr. 5.– für jede weitere Seite.

§ 50a * Von der Urkundsperson hergestellte Kopien und Auszüge

¹ Bei der Beglaubigung von Kopien und Auszügen, welche die Urkundsperson selbst hergestellt hat, beträgt die Gebühr Fr. 10.– für die erste und Fr. 2.– für jede weitere Seite.

² Das Erstellen der Kopien und Auszüge ist in dieser Gebühr nicht enthalten.

§ 51 * Übersetzung

¹ Bei der Beglaubigung einer Übersetzung beträgt die Gebühr Fr. 30.– für die erste und Fr. 15.– für jede weitere Seite.

3 Schlussbestimmungen**§ 52 Rechtskraft**

¹ Diese Verordnung untersteht dem fakultativen Referendum; sie ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.

² Sie tritt gemäss Art. 46 des Organisationsgesetzes⁴⁵⁾ in Kraft.

³ Alle mit ihr in Widerspruch stehenden Bestimmungen sind aufgehoben, insbesondere die Verordnung vom 9. November 1974 über die Beurkundungsgebühren.

⁴⁵⁾ Organisationsgesetz heute aufgehoben

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
19.04.1994	30.06.1994	Erlass	Erstfassung	A 1994, 985,1552
27.06.2001	01.01.2002	§ 8	totalrevidiert	A 2001, 935, 1252
26.06.2013	01.01.2014	Erlasstitel	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 3	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 3a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 4	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 4a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 4b	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 6	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 7 Abs. 2	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 9 Abs. 2	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 14	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 15	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 16	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 17 Abs. 1	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 17a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 18 Abs. 1	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 19	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 24 Abs. 1	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 25	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 26 Abs. 1	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 26 Abs. 2	aufgehoben	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 26a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 28 Abs. 3	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 28 Abs. 4	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 34 Abs. 1	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 36	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 39	aufgehoben	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 40	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 41	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 42	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 43	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	Titel 2.3	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 44a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 44b	eingefügt	A 2013, 1111, 1536

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
26.06.2013	01.01.2014	Titel 2.4	geändert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 49	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 50	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 50a	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
26.06.2013	01.01.2014	§ 51	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
27.05.2015	01.01.2016	§ 10	totalrevidiert	A 2015, 881, 1338

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erlass	19.04.1994	30.06.1994	Erstfassung	A 1994, 985,1552
Erlassstitel	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 3	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 3a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 4	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 4a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 4b	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 6	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 7 Abs. 2	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 8	27.06.2001	01.01.2002	totalrevidiert	A 2001, 935, 1252
§ 9 Abs. 2	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 10	27.05.2015	01.01.2016	totalrevidiert	A 2015, 881, 1338
§ 14	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 15	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 16	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 17 Abs. 1	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 17a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 18 Abs. 1	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 19	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 24 Abs. 1	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 25	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 26 Abs. 1	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 26 Abs. 2	26.06.2013	01.01.2014	aufgehoben	A 2013, 1111, 1536
§ 26a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 28 Abs. 3	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 28 Abs. 4	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 34 Abs. 1	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 36	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 39	26.06.2013	01.01.2014	aufgehoben	A 2013, 1111, 1536
§ 40	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 41	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 42	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 43	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
Titel 2.3	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 44a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
§ 44b	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
Titel 2.4	26.06.2013	01.01.2014	geändert	A 2013, 1111, 1536
§ 49	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 50	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536
§ 50a	26.06.2013	01.01.2014	eingefügt	A 2013, 1111, 1536
§ 51	26.06.2013	01.01.2014	totalrevidiert	A 2013, 1111, 1536